

**PROTOKOLL**

Zu der auf **Donnerstag**, den **08.11.2018**, um 19:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung** des **Haupt- und Finanzausschusses (Wirtschaftsförderung)** waren erschienen:

**VOM HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSS (WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG):**

<b>CDU:</b>	Kempf, Bastian	Stv.	Vertr. für Stv. Ergler
	Frank Elvira	Stve.	Vertr. für Ehrenstv. Gutperle
	Renner, Engelbert	Stv.	Vertr. für Stve. Käser
	Winkler, Christoph	Stv.	
<b>SPD:</b>	Atris, Hussein	Stv.	
	Rihm, Dieter	Stv.	
	Dr. Ritterbusch, Jörn	Stv.	<b>Vorsitzender</b>
<b>UBV:</b>	Bleiholder, Rolf	Stv.	
	Dr. Stülpner, Henrik	Stv.	
<b>GRÜNE:</b>	Winkenbach, Manfred	Ehrenstv.	
<b>FDP:</b>	Kammer, Bernhard	Stv.	

**BERATENDE MITGLIEDER (§ 62 ABS. 4, S. 1 HGO):**

Schübeler, Norbert                      Stv.-Vorsteher

**BERATENDE MITGLIEDER (§ 62 ABS. 4, S. 2 HGO):**

Altinalan, Tugce Sebnem              Stve.                      (DIE LINKE)  
Vertr. für Stv. Weißenberger

Kempf, Ralf                                  Stv.                              (WGV)

**VON DER STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG:**

Benz, Walter

**VOM MAGISTRAT:**

Baaß, Matthias	Bürgermeister
Bolze, Jens	1. Stadtrat
Vanli, Hayrettin	Stadtrat
Ziegler, Klaus	Stadtrat (bis 19:30 Uhr, TOP 3)

**VON DER VERWALTUNG:**

Rohrbacher, Stefanie	Kämmereiamt/Ausschussbetreuer
Klein, Volker	Hauptamt, Ordnungsamt

**ALS SCHRIFTFÜHRER:**

Haas, Philipp	Amtmann
---------------	---------

**VON DER PRESSE:**

Tageblatt  
Südhessen Morgen

**ZUHÖRER:**

4 (bis 19:40 Uhr, TOP 3)



Ausschussvorsitzender Dr. Jörn Ritterbusch eröffnete um 19:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (Wirtschaftsförderung) vom 18.10.2018 (Nr. 25/2018) wurden keine Einwände erhoben.

**TAGESORDNUNG:**

1. Verleihung von Ehrenbezeichnungen an Mandatsträger
2. Prüfauftrag zur Aufhebung der wiederkehrenden Straßenbeitragssatzung
3. Erhöhung der Hundesteuer
4. Feuerwehrgerätehaus der Stadt Viernheim; Schaffung von Räumen für die Jugendfeuerwehr
5. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen
6. Verschiedenes

**1. Verleihung von Ehrenbezeichnungen an Mandatsträger**

**Bezug:** Vorlage des Hauptamtes vom 28.09.2018

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Beschluss:**

Es wird vorgeschlagen folgende Ehrenbezeichnungen zu verleihen:

Brinkmann, Gerd	Ehrenstadtrat
Ergler, Volker	Ehrenstadtverordneter

**Abstimmung:** Einstimmig, 0 Enthaltung(en)  
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

**Auszug:** Hauptamt

**2. Prüfauftrag zur Aufhebung der wiederkehrenden Straßenbeitragssatzung**

**Bezug:** Vorlage des Kämmereiamtes vom 22.10.2018

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Bürgermeister Baaß** sagte, dass hiermit das Ergebnis des Prüfauftrages vorgelegt werde. Er wies darauf hin, dass die Satzung bislang noch nicht angewendet wurde und dies auch für 2019 nicht geplant sei.

**Ehrenstv. Winkenbach** fragte, welche Position der Hessische Städte- und Gemeindebund (HSBG) in dieser Frage einnehme.

**Bürgermeister Baaß** erklärte, dass der HSBG sich eindeutig dafür ausspreche, diese Finanzierungsmöglichkeit zu erhalten. Besonders in Mittel- und Nordhessen gebe es eine lange Tradition zur Erhebung einmaliger Straßenbeiträge. Hier werde mit den betroffenen Anwohner einige Jahre vor der geplanten Durchführung der Maßnahme gesprochen. Dies funktioniere gut. Über wiederkehrende Straßenbeiträge gebe es wenig Erfahrungen. Im Allgemeinen werden diese aber als gerechter empfunden.

**Ehrenstv. Winkenbach** fragte, ob es denkbar sei, dass die Straßenbeiträge überflüssig werden, da das Land mehr Mittel zur Verfügung stelle (wie es in Bayern im Gespräch sei).

**Bürgermeister Baaß** sagte, dass die Position des HSBG von der Skepsis geprägt sei, dass das Land wohl keine Mittel, die die Städte und Kommunen an anderer Stelle einnehmen können, ersetzen werde.

**Stv. Kammer** sagte, dass die FDP eine andere Position vertrete. Nach wie vor sei man der Ansicht, dass die Viernheimer Satzung nicht haltbar sei, u.a. da Viernheim als Ganzes als ein Abrechnungsgebiet angesehen werde. Er sehe gute Chancen auf die Satzung verzichten zu können. Da für den Haushalt 2019 keine entsprechenden Maßnahmen geplant seien, habe man aber keine Eile, diese jetzt abzuschaffen.

**Auszug:** Kämmereiamt

### 3. Erhöhung der Hundesteuer

**Bezug:** Vorlage des Kämmereiamtes vom 26.10.2018

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**Bürgermeister Baaß** berichtete, dass der nun vorliegende Vorschlag aus den Beratungen im Magistrat münde. Der Zeitpunkt sei günstig, da mit der Zusendung der neuen Hundesteuermarken ohnehin im nächsten Jahr alle Hundebesitzer angeschrieben werden.

**Stv. Dr. Stülpner** sagte, dass es ein Versäumnis der Verwaltung sei, 23 Jahre nichts zu tun. In der Vorlage fehle die Gegenüberstellung der Kosten, die im Zusammenhang mit Hunden anfallen (z.B. Hundekotbeutel usw.). Er fragte nach dem Sinn einer höheren Gebühr für den 2. und 3. Hund. Dies sei nicht nachvollziehbar, auch wenn andere Städte es so handhaben. Die Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes (HSGB), eine Sozialklausel für ältere, bedürftige Personen einzuführen, sei diskriminierend, konnte er nicht nachvollziehen. Außerdem fehle in der Satzung eine Befreiung für Hilfs- und Schutzhunde.

Die UBV lehne Bagatellsteuererhöhungen in diesem Rahmen grundsätzlich ab.

**Bürgermeister Baaß** stellte klar, dass es sich nicht um eine zweckgebundene Steuer handle. Die Stellungnahme des HSBG habe man nach Auftrag aus dem Magistrat eingeholt.

**Kämmereiamtsleiterin Rohrbacher** wies darauf hin, dass Steuerbefreiungen, u.a. für Schutz- und Hilfefunde, in § 6 der Satzung geregelt seien.

**Stv. Altinalan** sagte, dass der Vorschlag der Verwaltung eine 30 %ige Erhöhung vorgesehen habe. Der Magistrat habe dann um weitere 35 % erhöht. Sie wunderte sich, dass nun fast alle Parteien gegen die Erhöhung seien, obwohl deren Vertreter dies im Magistrat beschlossen hatten.

Sie verwies darauf, dass es in vielen europäischen Ländern keine Hundesteuern gebe, obwohl es dort mehr Hunde gebe als in Deutschland. Ein Vergleich mit anderen Städten sei hier nicht angebracht.

Sie bedankte sich bei den Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Meinung durch ihre Anwesenheit vor dem Rathaus kundtun.

Die LINKE sei bisher immer gegen Steuererhöhungen gewesen. Man könne sich nun das erste Mal vorstellen, einer Erhöhung um 1-2% zuzustimmen, wenn dieses Geld an das Tierheim gehe.

**1. Stadtrat Bolze** wies darauf hin, dass der Haushalt 2019 den Vorschlag enthalte, den Zuschuss der Stadt an das Tierheim von bisher 35.000 € pro Jahr auf 50.000 € pro Jahr zu erhöhen.

**Stv. Kammer** sagte, dass die Steuer im Haushalt eingepreist sei. Er sehe keinen Sinn darin, dass man für den 2. und 3. Hund mehr zahlen sollte. Grundsätzlich lehne man Bagatellsteuern ab. Den ursprünglichen Verwaltungsvorschlag halte man für erträglich. Zeitgleich wolle man die Verwaltung mit der Prüfung beauftragen, wie hoch der Aufwand sei. Eventuell komme man dann zum Schluss, dass man die Steuer senken oder abschaffen könne.

**Stv. Bastian Kempf** fragte, warum für den 2. und 3. Hund ab sofort mehr gezahlt werden solle.

**Frau Rohrbacher** verwies auf den Vergleich mit anderen Städten. **1. Stadtrat Bolze** sagte, dass eine solche Steuer grundsätzlich eine regulierende Funktion habe.

**Stv. Bastian Kempf** fragte, ob es zu viele Hunde in Viernheim gebe. Er fragte außerdem, ob eine Familie nicht bei mehreren Hunden diese auf die verschiedenen Familienmitglieder anmelden könne.

**Frau Rohrbacher** erklärte, dass die Steuer pro Haushalt berechnet werde.

**Bürgermeister Baaß** sagte, dass der Magistrat regulierend eingreifen wolle.

**Stv. Atris** sagte, dass im Vergleich zu anderen Kosten für einen Hund eine Hundesteuer von wenigen Euro pro Monat nicht so sehr ins Gewicht falle. Das Versäumnis war, so lange nichts zu tun. Die SPD sehe den Bedarf einer Erhöhung nicht und werde deshalb nicht zustimmen.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss/Wirtschaftsförderung beschließt die beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer im Gebiet der Stadt Viernheim zum 01.01.2019 und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenso zu beschließen.

Es erfolgt künftig eine regelmäßige Anpassung der Steuersätze.

**Abstimmung:** 1 Ja-Stimme(n), 6 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)  
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

**Auszug:** Kämmereiamt

#### 4. Feuerwehrgerätehaus der Stadt Viernheim; Schaffung von Räumen für die Jugendfeuerwehr

**Bezug:** Vorlage des Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamt

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

**1. Stadtrat Bolze** informierte, dass man mit den veranschlagten 250.000 € die Bedürfnisse der Jugendfeuerwehr nicht erfüllen könne. Der Magistrat schlage deshalb vor, im Investitionsprogramm weitere 100.000 € zur Verfügung zu stellen. Die bisherigen 250.000 € werde man als Haushaltsausgaberest übertragen.

**Stv. Dr. Stülpner** schlug vor, zunächst eine Gesamtkonzeption für das Feuerwehrgerätehaus zu erstellen, da man sonst nur weiter Flickwerk betreibe. Er regte eine gemeinsame Nutzung der Schulungsräume an. Als Übergangslösung könnte man neue Container für die Jugendfeuerwehr anmieten.

**1. Stadtrat Bolze** sagte, dass der Schulungsraum für die Jugendfeuerwehr kind- und jugendgerecht eingerichtet werden soll.

Eine Gesamtanierung des Feuerwehrgerätehauses werde wahrscheinlich einen knapp zweistelligen Millionenbetrag kosten und die Planungen und Absprachen sicher mehrere Jahre benötigen. Aus den letzten Beratungen habe er mitgenommen, dass für die Jugendfeuerwehr so schnell wie möglich etwas getan werden soll.

**Stv. Bastian Kempf** fragte, welche Anforderungen sich seit Mai 2018 verändert haben. Für die Wunschlösung (ECOPLAN) seien damals rd. 300.000 € veranschlagt worden. Er fragte, warum man nicht zu dieser Planung zurückkehre und nun 350.000 € einstellen wolle.

**1. Stadtrat Bolze** sagte, dass es weitergehende Diskussionen innerhalb der Feuerwehr gegeben habe. Außerdem seien von Jahr zu Jahr mit Baukostensteigerungen zu rechnen. Man wolle nun funktional ausschreiben. Bei der Ausschreibung werde man sehen, welche Firmen sich mit welchen Vorschlägen bewerben.

**Stv. Kammer** fragte, ob die Standort-Veränderung zu Kosten führe.

**1. Stadtrat Bolze** antwortete, dass Kosten eingespart werden können, da die Leitungen direkt an das Haupthaus angeschlossen werden können.

Nach einer kurzen Diskussion einigten sich die Ausschussmitglieder, keinen Beschluss zu fassen und empfahlen der Stadtverordneten-Versammlung, das Thema von der morgigen Tagesordnung zu nehmen. Das Thema soll bei der Haushaltsberatung erneut aufgerufen werden.

**Auszug:** Bauverwaltungs- und Liegenschaftsamt

TOP 5 wurde in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt.

#### 5. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen

**Bezug:** Vorlage des Kämmereiamtes vom 24.10.2018

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

##### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss/Wirtschaftsförderung stimmt der unbefristeten Niederschlagung diverser städtischer Forderungen in Höhe von 18.497,16 € zu.

Der Haupt- und Finanzausschuss/Wirtschaftsförderung empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung die unbefristete Niederschlagung des unter b) dieser Vorlage genannten Betrages von 53.812,42 €.


**Abstimmung:** Einstimmig, 0 Enthaltung(en)  
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 11 Ausschussmitglieder anwesend)

**Auszug:** Kämmereiamt

## 6. Verschiedenes

- **Festsetzungsbescheid Hessenkasse**

**Bürgermeister Baaß** informierte, dass man den Festsetzungsbescheid zur Hessenkasse erhalten habe.

	Der Bescheid ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.
---	--

**Auszug:** Kämmereiamt

**ENDE DER SITZUNG: 20:10 Uhr**



**DER VORSITZENDE:**

gez.: Dr. R i t t e r b u s c h

Dr. Jörn Ritterbusch

**DER SCHRIFTFÜHRER:**

gez.: H a a s

Philipp Haas

**F.d.R.d.A.**

Amtmann

♣ **INHALTSVERZEICHNIS** ♣

1. Verleihung von Ehrenbezeichnungen an Mandatsträger
2. Prüfauftrag zur Aufhebung der wiederkehrenden Straßenbeitragssatzung
3. Erhöhung der Hundesteuer
4. Feuerwehrgerätehaus der Stadt Viernheim; Schaffung von Räumen für die Jugendfeuerwehr
5. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen
6. Verschiedenes
  - Festsetzungsbescheid Hessenkasse